

- | | |
|--|---|
| 1 Trumps «Friedensplan» für Nahost – eine Katastrophe | 16 Karte der UNO-Friedenseinsätze 2019/2020 |
| 6 Die Statistik der Schweizer Waffenausfuhren 2019 | 18 50 Jahre Atomsperrvertrag – Erfolgsgeschichte? |
| 8 Die Rolle der Schweiz in Ruanda – wo war sie da? | 22 Dynamik im Weltraum: Militärische Satelliten |
| 12 Sicherheitsratskandidatur: Chance für die Schweiz? | 28 Nichts ist, wie es scheint: Verschwörungstheorien |

Dolchstoss gegen das Völkerrecht und endgültiges Aus für eine gerechte Zweitstaaten-Lösung

Trumps «Friedensplan» für Nahost

«Präsident Donald J. Trump hat erkannt, dass es Zeit ist für einen neuen Ansatz, um Frieden, Sicherheit, Würde und Zukunftsmöglichkeiten für Israel und für das palästinensische Volk zu erreichen.» Mit diesem grossspurigen Werbetext verbreitet das Weisse Haus in Washington den «Friedensplan», den der US-Präsident am 29. Januar der Weltöffentlichkeit präsentierte unter dem anmassenden Titel «Vision for Peace, Prosperity, and a Brighter Future for Israel and the Palestinian People» (Vision für den Frieden und eine bessere Zukunft für Israel und für das palästinensische Volk).

/ Andreas Zumach /

Doch tatsächlich bedeutet dieser Plan – vorausgesetzt er wird nach dem eventuellen Sieg eines/r demokratischen Kandidaten/in bei den Präsidentschaftswahlen am 4. November nicht wieder korrigiert – das endgültige Aus für die über 70 Jahre alten Beschlüsse, Pläne und damit verbundenen Hoffnungen auf einen überlebendigen Staat für die PalästinenserInnen auf einem zusammenhängenden Territorium. Der Versuch einer Umsetzung des «Friedensplans» dürfte zu mehr Unsicherheit, Gewalt, Krieg und Terrorismus nicht nur im Nahen Osten führen.

Am 29. November 1947 hatte die UNO-Generalversammlung beschlossen, das seit 1922 im Auftrag des UNO-Vorgängers Völkerbund von Grossbritannien verwaltete «Mandatsgebiet Palästina» mit damals rund 90 Prozent arabisch/palästinensischer und zehn Prozent jüdischer Bevölkerung aufzuteilen: in einen Staat Israel auf 56,47 Prozent des Territoriums und einen Staat Palästina auf 43,53 Prozent des Gebiets. Im Jahr 1948 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen zunächst jüdischen Milizen und ab Israels Staatsgründung am 14. Mai 1948 der regulären israelischen Armee

auf der einen Seite und den Palästinensern und vier arabischen Staaten, die den UNO-Teilungsplan abgelehnt hatten, auf der anderen Seite. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen vertrieben die militärisch überlegenen jüdischen Milizen/israelischen Streitkräfte rund 730'000 PalästinenserInnen aus ihren Häusern und Dörfern.

Am Ende dieser bewaffneten Auseinandersetzung kontrollierte Israel 78 Prozent des ehemaligen britischen «Mandatsgebietes Palästina». Im Juni 1967 besetzte Israel auch die verbleibenden 22 Prozent (Westjordanland, Ostjerusalem, Gazastreifen). Alle seit 1991 geführten Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen über eine Zweistaaten-Lösung (die Madrider Nahost-Konferenz, das Oslo-Abkommen, die Camp David-Verhandlungen u.a.) sahen einen künftigen Staat Palästina auf nur noch diesen 22 Prozent des Territoriums vor mit der Option auf vereinbarte Gebietsaustausche.



Aus gegebenem Anlass bitten wir Sie, auf das Händeschütteln zu verzichten. Vielen Dank!

Nicht einmal ein Verzicht auf weitere Siedlungen

Trumps «Friedensplan» reduziert das Gebiet für einen palästinensischen Staat noch weiter. Denn der Plan sieht vor, dass alle heute bestehenden illegalen Siedlungen im Westjordanland

mit inzwischen über 650'000 jüdischen BewohnerInnen erhalten bleiben. Der grösste Teil dieser Siedlungen soll offiziell Teil des israelischen Staatsgebietes werden. Das wäre eine völkerrechtswidrige Annexion. Darüber hinaus sollen mindestens 15 weitere jüdische Siedlungen als Enklaven auf dem Gebiet des künftigen Staates Palästina verbleiben, für deren Sicherheit die israelische Armee und Polizei zuständig sein sollen.

Eine Trumps «Friedensplan» beige-fügte Karte listet diese 15 Siedlungen auf mit dem ausdrücklichen Vermerk, dass diese Liste möglicherweise noch erweitert wird. Als angebliches «Zugeständnis» des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu benennt der «Friedensplan» den «Verzicht» der israelischen Regierung auf den Bau weiterer Siedlungen. Netanjahu hat dieses «Zugeständnis» inzwischen dementiert.

Verstümmeltes Staatsterritorium

Im besten Fall blieben für ein palästinensisches Staatsgebiet noch knapp 18 Pro-

zent des früheren britischen Mandatsgebiets übrig. Und dies nicht auf einem zusammenhängenden Staatsterritorium, sondern zerklüftet durch die Siedlungen und weiterhin durchzogen von nur von israelischen Sicherheitskräften nutzbaren Strassen, die angeblich unverzichtbar sind für die «Sicherheit Israels» und seiner künftigen StaatsbürgerInnen in den illegalen Siedlungen. Die Verbindung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen soll durch eine aufwendige und sehr kostspielige Tunnelkonstruktion hergestellt werden.

Und selbst über ihr künftiges verstümmeltes Staatsterritorium auf maximal 18 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes hätten die PalästinenserInnen keine volle Kontrolle und Souveränität. Die Lufthoheit über diesen Staat soll weiterhin bei Israel bleiben. Zudem wäre es den PalästinenserInnen nicht erlaubt, eigene Streitkräfte aufzustellen. Jerusalem soll fast vollständig zur Hauptstadt Israels werden. Den PalästinenserInnen ständen für ihre Hauptstadt lediglich einige östliche Randviertel Jerusalems sowie ein Gebiet zur Verfügung, auf dem sich derzeit ein Flüchtlingslager befindet.

Keinerlei Rückkehrrecht

Auch diese Regelung ist ein klarer Verstoss gegen den UNO-Teilungsplan von 1947. Darin ist Jerusalem zunächst vorgesehen als eine offene, internationale Stadt mit freiem ungehindertem Zugang für Angehörige aller Religionen zu den heiligen Stätten, bis sich beide Seiten möglicherweise darauf verständigen, Jerusalem entweder zur gemeinsamen Hauptstadt beider Staaten zu machen oder zum Sitz von zwei Regierungen im Westen und im Osten der Stadt.

Schliesslich sieht der Plan vor, dass von den rund 5,5 Millionen offiziell von der UNO registrierten palästinensischen Flüchtlingen lediglich 50'000 das Recht auf Rückkehr erhalten sollen. Dies verstösst gegen die UNO-Resolution 194, mit der die Generalversammlung am 11. Dezember 1948 beschloss, dass «Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben möchten, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden sollte und dass eine Entschädigung für das Eigentum gezahlt werden sollte von denen, die sich dafür entscheiden, nicht zurückzukehren und für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, das nach den Grundsätzen des Völkerrechts oder

der Gerechtigkeit von den zuständigen Regierungen oder Behörden wieder gut gemacht werden sollte».

Besetzung von Westbank, Gaza und Ostjerusalem war völkerrechtswidrig

Trumps «Friedensplan» – im Wesentlichen konzipiert von seinem Schwiegersohn Jared Kushner – bricht mit der offiziellen Position der USA, die ausnahmslos alle republikanischen und demokratischen Administrationen in Washington seit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 vertreten hatten. Die im Ergebnis dieses Krieges erfolgte Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems durch Israel wurde von der damaligen US-Regierung unter dem demokratischen Präsident Lyndon B. Johnson im UNO-Sicherheitsrat im Konsens mit den anderen 14 Ratsmitgliedern als «völkerrechtswidrig» verurteilt.

Mit dieser völkerrechtlich verbindlichen Resolution 242, die entgegen allen anderslautenden Behauptungen bis heute uneingeschränkt gültig ist, forderte der Sicherheitsrat die israelische Regierung dazu auf, die völkerrechtswidrige Besetzung zu beenden. Im Einklang mit der Sprachregelung bei der UNO und anderer internationaler Organisationen wurden die Westbank, der Gazastreifen und Ostjerusalem auch in allen offiziellen Dokumenten der US-Regierung klassifiziert als «Occupied Palestinian Territories, OPT» – besetzte palästinensische Gebiete.

Nach dem Yom-Kippur-Krieg vom Oktober 1976 wiederholte der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 338 die Forderung nach einem Ende der Besetzung – mit Zustimmung der USA unter dem damaligen republikanischen Präsidenten Gerald Ford. Auch sprachen sich alle Vorgänger von Trump für eine Zweistaaten-Lösung aus, bei der ein Staat Palästina auf den 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina entstehen sollte.

Trump bricht mit seinen sämtlichen Vorgängern im Weissen Haus

Allerdings haben die US-Regierungen der Jahre 1967 bis 2016 wenig bis gar nichts dafür getan, dass die Forderungen des UNO-Sicherheitsrates und der Vertrag von Oslo von den israelischen Regierungen dieser fünf Jahrzehnte auch umgesetzt wurden. Im Gegenteil: Fast immer verhinderten die USA – oftmals mithilfe ihres Veto im UNO-Sicherheitsrat –, dass der notwendige internationale Druck ausgeübt wurde,

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Balthasar Glättli, Michael Haas, Jenny Heeb, Markus Heiniger, Rebecca Johnson, Lea Suter, Ruedi Tobler, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titel: Cleverprinting; Seiten 8-10: Lea Suter; Seite 13: TA-Grafik; Seite 14: UNO; Seiten 16/17: zif-berlin; Seite 19: Larry Weiler; Seite 20: U.S. Air Force; Seite 21: Cesci; Seiten 23/24: CSS; Seite 27: SCI; Seite 29: Marc Levin.

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., März 2020

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

um die israelische Regierung zur Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung und zur Umsetzung des Oslo-Abkommens zu bewegen.

Dennoch: Es ist ein neue, negative Qualität, wenn der jetzige US-Präsident das Ziel einer gerechten Zwei-Staatenlösung ganz offiziell aufkündigt, die Annexion von Teilen der Westbank durch Israel ausdrücklich unterstützt und über 99 Prozent der palästinensischen Flüchtlinge das Recht zur Rückkehr abspricht. Bereits in den zwei Jahren vor der Präsentation seines «Friedensplans» brach die Trump-Administration mehrfach und in zum Teil völkerrechtswidriger Weise mit der Nahostpolitik ihrer Vorgänger seit 1967.

Zunächst verlegte sie die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. Dann erkannte Washington die völkerrechtswidrige Annexion der syrischen Golanhöhen durch Israel an. Schliesslich wurde im Juli 2019 die Bezeichnung «Occupied Palestinian Territories, OPT» aus sämtlichen offiziellen Regierungsdokumenten getilgt und ersetzt durch «disputed territories» (umstrittene Gebiete). Diese neue Sprachregelung, mit der der Tatbestand der völkerrechtswidrigen Besatzung vernebelt und verharmlost werden soll, wurde inzwischen auch von Politikern der deutschen Regierungspartei CDU übernommen sowie vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung in Berlin.

Schnelle Annexion der illegalen Siedlungen auf der Westbank

Die Trump-Administration konsultierte vor Veröffentlichung ihres «Friedensplans» nicht einmal die palästinensische



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor.

Führung unter Mahmud Abbas. Aber Trump versicherte sich der vorherigen Zustimmung sowohl des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu (den der massgebliche Autor des Plans, Jared Kushner, während seiner fast zweijährigen Entwurfsarbeiten ohnehin ständig konsultiert hatte) wie auch von Netanjahus innenpolitischem Kontrahenten Benny Glanz.

Netanjahu, der während der Präsentation des Plans durch Trump neben dem US-Präsidenten stand, verglich den Plan mit der Anerkennung Israels durch US-Präsident Harry Truman am 14. Mai 1948. Netanjahu sprach von einem «realistischen Weg zu anhaltendem Frieden» und nannte Trump «den besten Freund, den Israel je im Weissen Haus hatte». Sollte Netanjahu die israelischen Parlamentswahlen am 2. März (wenige Tage nach Redaktionsschluss dieses Artikels) gewonnen haben, dürfte er nach Einschätzung der meisten politischen Beobachter die forcierte Umsetzung des Planes betreiben und eine schnelle Annexion der allermeisten illegalen jüdischen Siedlungen auf der Westbank anstreben. Glanz würde im Falles seines Sieges zurückhaltender vorgehen, aber auch an dem «Friedensplan» festhalten.

Weltweit zurückhaltendes Echo auf den «Friedensplan»

Das bisherige Echo der UNO sowie einzelner Regierungen auf Trumps «Friedensplan» war zwar überwiegend kritisch, macht aber doch nicht viel Hoffnung, dass es noch zu einem effektiven internationalen Widerstand gegen die Umsetzung des Planes kommen wird. Die New Yorker UNO-Zentrale reagierte zurückhaltend diplomatisch. «Die Positionen der UN zur Zweistaaten-Lösung wurden über die Jahre definiert durch relevante Resolutionen des Sicherheitsrats und der Vollversammlung», sagte der Sprecher von Generalsekretär António Guterres. An diese Resolutionen sei das UNO-Sekretariat gebunden. Die Vereinten Nationen blieben verpflichtet, Palästinenser und Israelis bei der Lösung des Konflikts auf der Grundlage der Grenzen vor 1967 zu unterstützen.

Die Arabische Liga bezeichnete den Plan in einer gemeinsamen Erklärung zwar als «unfair», weil er «die minimalen Rechte und Erwartungen der Palästinenser nicht erfüllt». Doch von einzelnen Regierungen arabischer Staaten kamen andere, positivere Signale. Bei Trumps

Editorial

Mitholz: Wird die Armee von ihrer Vergangenheit eingeholt?

Vor über 70 Jahren, mitten in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember 1947, ereignete sich die grösste Katastrophe in der Geschichte der Schweizer Armee. In Mitholz im Kandertal explodierte ein 1945 fertiggestelltes Munitionsdepot, in dem 7000 Tonnen Munition gelagert waren. Rund die Hälfte explodierte, von Kleinkalibergeschossen und Treminen bis zu Splitter- und Fliegerbomben von 50 Kilogramm. Eine Felswand mit rund 250'000 Tonnen Gestein stürzte ein. Das Gebiet war kilometerweit übersät mit Blindgängern. Am Morgen wurde das Ausmass der Katastrophe ersichtlich: 9 Tote, 7 Verletzte, zahlreiche zerstörte Häuser und Scheunen. 200 Menschen waren obdachlos. Die Station Blausee-Mitholz der Lötschbergbahn wurde zerstört.

1500 Tonnen des Abraums wurden im Thunersee entsorgt. In den eingestürzten Anlageteilen und im Schuttkegel davor liegen schätzungsweise heute noch rund 3500 Bruttotonnen Munition mit mehreren hundert Tonnen Sprengstoff. Beurteilungen in den Jahren 1949 und 1986 kamen zum Schluss, dass bei einer weiteren Explosion nur mit kleinen Schäden zu rechnen sei. In den 1960er-Jahren sollte in den Kavernen ein unterirdisches Spital gebaut werden, das nicht realisiert wurde. Aber eine Truppenunterkunft für 100 Personen wurde eingerichtet und die Armeepothek betrieb ein Lager und eine Produktionsstätte.

Als 2017 der Bund Pläne für ein Rechenzentrum entwickelte, wurde die Kaverne in Mitholz als Standort in Erwägung gezogen – mit einer unerwarteten Konsequenz. Eine erneute Risikoabschätzung kam zu gegenteiligen Schlüssen als die vorhergehenden: Blitzeinschläge, Felsstürze, Selbstentzündungen oder auch Sabotage könnten immer noch zu grösseren Explosionen führen – ein zu hohes Risiko. Die bisherigen Aktivitäten wurden 2018 eingestellt und eine systematische Überwachung eingeführt. Nun soll das ganze Gebiet saniert werden, mit drastischen Folgen für die Bevölkerung von Mitholz. Bis zu zehn Jahre soll sie evakuiert werden. Und für die Lötschbergbahn müssen Sicherungsbauten errichtet werden, ohne dass Unterbrücke in den Verbindungen ausgeschlossen werden können.

Gleichzeitig könnte eine andere Altlast für die Armee zum Riesenproblem werden, die ihren Ursprung in der Katastrophe von Mitholz hatte: die seit Ende der 1940er-Jahre in verschiedenen Seen versenkten Tausende von Tonnen Munition. Da galt bislang die Doktrin, es sei weniger problematisch, die in Sedimenten in den See-Untergründen lagernde Munition dort ruhen zu lassen als bei einer Entfernung Explosionen zu riskieren. Nun hat sich aber im Genfersee gezeigt, dass dort Munitionsrückstände – die nicht von der Armee versenkt wurden – offen auf dem Seegrund liegen und damit zur Gefährdung werden können. Sollte sich das auch in anderen Seen bestätigen, so wäre die Sanierung in Mitholz nur das Vorspiel zu einer Herkulesaufgabe der Armee.

Ruedi Tobler

Fortsetzung Seite 15